

**Allgemeine
Verkaufs- und Lieferbedingungen
(im Folgenden „AVL“ genannt)**
der F & S GmbH & Co. KG mit Sitz in 78583 Böttingen

I. Allgemeines, Geltungsbereich

1. Unsere AVL gelten nur gegenüber Unternehmen sowie gegenüber juristischen Personen des öffentlichen Rechts und einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen. Sie gelten nicht gegenüber Verbrauchern.
2. Unsere Angebote, Lieferungen und sonstigen Leistungen gegenüber den in Ziff. 1 Abs. genannten Kunden erfolgen ausschließlich auf der Grundlage dieser AVL. Dies gilt auch für alle künftigen Geschäfte zwischen den Vertragsparteien ohne besonderen erneuten Hinweis oder dass wir uns ausdrücklich auf diese berufen. Entgegenstehende oder in diesen AVL nicht enthaltene anderslautende Bedingungen des Kunden werden nicht anerkannt, selbst wenn wir in Kenntnis derartiger Bedingungen Lieferungen oder Leistungen an den Kunden vorbehaltlos erbringen, es sei denn, wir haben diesen ausdrücklich zugestimmt.

II. Angebot und Vertragsschluss

Unsere Angebote sind freibleibend. Bestellungen oder Aufträge können wir innerhalb von 14 Tagen nach Zugang annehmen, sofern nicht eine bestimmte Annahmefrist ausdrücklich vereinbart wurde. Nebenabreden und Änderungen bedürfen unserer schriftlichen Bestätigung.

III. Preise und Zahlungen

1. Die Preise gelten für den in den Auftragsbestätigungen aufgeführten Leistungs- und Lieferungsumfang. Die Preise verstehen sich in EURO ab Werk (EXW) zzgl. Verladung und Verpackung sowie Umsatzsteuer in der jeweiligen gesetzlichen Höhe.
2.
 - a) Zahlungen sind in bar an uns innerhalb von 30 Tagen ab Rechnungsdatum zu leisten. Bei Zahlungen innerhalb von 10 Tagen werden 2% Skonto gewährt, sofern sämtliche fälligen Zahlungsansprüche aus früheren Lieferungen erfüllt sind. Die Gutschrift auf unserem Konto gilt als Zahlung.
 - b) Bei verspäteter Zahlung berechnen wir ohne weitere Mahnung Verzugszinsen i.H.v. 8 Prozentpunkten p.a. über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 Abs. 1 BGB. Das Recht, weitergehende Schadensersatzansprüche geltend zu machen, wird dadurch nicht beschränkt.
 - c) Schecks werden nur erfüllungshalber angenommen und gelten erst nach vorbehaltloser Gutschrift als Zahlung.
 - d) Bestehen nach Annahme von Bestellungen begründete Zweifel an der Zahlungsfähigkeit oder Kreditwürdigkeit des Kunden, sind wir berechtigt, für offene Forderungen aus dem jeweiligen Vertragsverhältnis Sicherheitsleistung vor Lieferung zu verlangen. Kommt der Kunde innerhalb einer Frist von 2 Wochen nach Aufforderung unserem Verlangen nicht nach oder wird die Schuld nicht beglichen, sind wir berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten. Das Recht weitergehende Schadensersatzansprüche geltend zu machen sowie die Rechte aus § 321 BGB werden dadurch nicht beschränkt.
 - e) Eine Aufrechnung oder Zurückbehaltung von Zahlungen ist nur wegen von uns anerkannter, nicht bestrittener, entscheidungsreifer oder rechtskräftig festgestellter Rechtsansprüche des Kunden statthaft.

IV. Versand und Gefahrenübergang

1. Der Versand der Ware erfolgt auf Rechnung und Gefahr des Kunden.
2. Die Gefahr geht spätestens mit der Übergabe der Ware (wobei der Beginn des Verladevorgangs maßgeblich ist) an den Spediteur, Frachtführer oder sonst zur Ausführung der Versendung bestimmten Dritten auf den Kunden über. Dies gilt auch dann, wenn wir noch andere Leistungen (z.B. Versand oder Versandkosten) übernommen haben.
3. Es ist Sache des Kunden, auf seine Kosten die Lieferung ab Gefahrübergang gegen versicherbare Risiken zu versichern.

V. Lieferfristen und Liefertermine

1. Lieferungen erfolgen ab Werk.
2. Vereinbarte Lieferfristen beginnen mit der Absendung der Auftragsbestätigung, jedoch nicht vor Erfüllung der Verpflichtungen/Obliegenheiten des Kunden.
3. Maßgeblich für die Einhaltung der Lieferfrist ist, dass die Ware das Werk verlassen hat oder die Versandbereitschaft mitgeteilt ist.
4. Der Kunde hat uns im Falle des Verzugs der Lieferung schriftlich eine angemessene Nachfrist von mindestens 2 Wochen zu setzen.
5. Nimmt der Kunde die Ware nicht ab, so sind wir berechtigt, nach Setzen einer Nachfrist von 2 Wochen vom Vertrag zurückzutreten und nach unserer Wahl Schadenersatz wegen Nichterfüllung zu verlangen. Im letzten Fall sind wir berechtigt, entweder ohne Nachweis eines Schadens 15% des Kaufpreises oder Ersatz des tatsächlich entstandenen Schadens zu verlangen. Der Kunde kann nachweisen, dass ein Schaden überhaupt nicht entstanden oder wesentlich niedriger ist.
6. Wird sind berechtigt, bei Sonderanfertigungen Mehr- oder Minderlieferungen bis zu 10% des Auftragsumfangs auszuliefern, soweit dies dem Kunden zumutbar ist.

VI. Eigentumsvorbehalt und sonstige Sicherungen

1. Wir behalten uns das Eigentum an der gelieferten Ware bis zur vollständigen Kaufpreiszahlung samt Nebenforderungen vor.
2. Der Kunde ist verpflichtet, die Vorbehaltsware pfleglich zu behandeln und bei Pfändung, Beschlagnahme, Beschädigung und Abhandenkommen sowie sonstigen Verfügungen durch Dritte uns unverzüglich zu unterrichten.
3. Der Kunde darf die Waren im ordnungsgemäßen und üblichen Geschäftsvorgang verarbeiten und veräußern, jedoch weder verpfänden noch zur Sicherheit übereignen.
4. Der Kunde tritt die aus dem Weiterverkauf bzw. der Weiterverarbeitung oder einem sonstigen Rechtsgrund bezüglich der gelieferten Ware entstehenden Forderungen einschließlich des anerkannten Saldos aus einer Kontokorrentabrede bereits jetzt an uns ab. Die Abtretung wird hiermit angenommen. Der Kunde wird widerruflich ermächtigt, an uns abgetretene Forderungen in eigenem Namen einzuziehen. Die Einzugsermächtigung kann nur widerrufen werden, wenn der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen nicht ordnungsgemäß nachkommt. Diese Forderungsabtretung dient zur Sicherung aller Forderungen, auch der zukünftigen, aus der Geschäftsverbindung mit dem Kunden.
5. Übersteigt der realisierbare Wert der nach den vorgenannten Bestimmungen eingeräumten Sicherheit unsere Forderungen gegenüber dem Kunden nicht nur vorübergehend um mehr als 20%, werden wir insoweit Sicherheiten nach eigener Wahl auf Verlangen des Kunden freigeben.
6. Mit Zahlungseinstellung, Beantragung oder Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder eines außergerichtlichen Vergleichsverfahrens erlischt das Recht des Kunden zur Weiterveräußerung und zur Verwendung der Vorbehaltsware sowie die Ermächtigung zum Einzug abgetretener Forderungen. Die gesetzlichen Rechte eines - auch vorläufigen - Insolvenzverwalters bleiben hiervon unberührt.

VII. Prüfungspflicht des Kunden, Mängelrüge, Rechte bei Sachmängeln

1. Der Kunde hat Mängel jeglicher Art - mit Ausnahme von versteckten Mängeln - innerhalb von 8 Werktagen nach der Ablieferung schriftlich zu rügen; ansonsten gilt die Ware als genehmigt. Versteckte Mängel sind unverzüglich nach der

Entdeckung schriftlich zu rügen; ansonsten gilt die Ware auch hinsichtlich dieser Mängel, spätestens jedoch 12 Monate nach Gefahrübergang, als genehmigt. Verhandlungen über eine Beanstandung stellen keinen Verzicht auf den Einwand der verspäteten, ungenügenden oder unbegründeten Mängelrüge dar.

2. Soweit wir im Rahmen der Mängelhaftung verpflichtet sind, leisten wir Nacherfüllung, und zwar nach unserer Wahl entweder durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder die Lieferung einer mangelfreien Sache (Ersatzlieferung). Sofern die Nacherfüllung fehlschlägt und weitere Nacherfüllungsversuche für ihn unzumutbar sind, ist der Kunde berechtigt, ein Rücktritts- oder Minderungsrecht auszuüben. Wegen eines nur unerheblichen Mangels kann der Kunde nur mit unserer Zustimmung vom Vertrag zurücktreten.
3. Sachmängelrechte können nur entstehen, wenn die Ware bei Gefahrübergang einen Sachmangel aufweist, keine Sachmängelrechte entstehen bei ungeeigneter oder unsachgemäßer Lagerung, Verwendung, fehlerhafter Montage oder Behandlung der Ware, natürlicher Abnutzung oder ungeeigneten Verwendungsbedingungen etc.
4. Die Verjährungsfrist für Sachmängelansprüche beträgt ein Jahr, gerechnet ab Gefahrübergang. Dies gilt nicht bei einer von uns zu vertretenden Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie in den Fällen des Vorsatzes und der groben Fahrlässigkeit.
5. Für Schäden wegen Mangelhaftigkeit des Liefergegenstandes haften wir nur in den in Ziff. VIII genannten Grenzen.

VIII. Haftungsbeschränkung

1. Wir haften entsprechend den Vorschriften des Produkthaftungsgesetzes sowie in den Fällen zu vertretenden Unvermögens und zu vertretender Unmöglichkeiten. Ferner haften wir für Schäden nach den gesetzlichen Bestimmungen in den Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit, bei Übernahme einer Garantie sowie bei einer von uns zu vertretenden Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit. Verletzen wir im Übrigen mit einfacher Fahrlässigkeit eine vertragswesentliche Pflicht (sog. Kardinalspflicht), d.h. eine Pflicht, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Kunde regelmäßig Vertrauen darf, ist unsere Ersatzpflicht auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt. Die Haftungsbegrenzung bei Lieferverzögerungen bleibt hiervon unberührt. In allen anderen Fällen der Haftung sind Schadensersatzansprüche wegen der Verletzung einer Pflicht aus dem Schuldverhältnis sowie wegen unerlaubter Handlung ausgeschlossen, so dass wir insoweit nicht für entgangenen Gewinn oder sonstige Vermögensschäden des Kunden haften.
2. Soweit unsere Haftung aufgrund der vorstehenden Bestimmungen ausgeschlossen oder beschränkt ist, gilt dies auch für die persönliche Haftung unserer Angestellten, Arbeitnehmer, Mitarbeiter, Vertreter und Erfüllungsgehilfen.

IX. Schlussbestimmungen

1. Für dieses Vertragsverhältnis und die gesamten Rechtsbeziehungen zwischen uns und dem Kunden gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.
2. Gerichtsstand für sämtliche Rechte und Pflichten der Vertragsbeteiligten aus Geschäften jeder Art - auch Wechsel- und Scheckstreitigkeiten - ist Böttingen (Bundesrepublik Deutschland). Wir sind jedoch aus berechtigt, den Kunden an dessen allgemeinem Gerichtsstand zu verklagen.
3. Sollte eine der vorstehenden Bestimmungen ganz oder teilweise unwirksam sein, wird hierdurch die Gültigkeit des Vertrages im Übrigen nicht berührt. Entsprechendes gilt bei einer Lücke. Die unwirksame Bestimmung oder Lücke ist mit einer die wirtschaftlichen Interessen der Parteien berücksichtigenden Regelung auszufüllen, die dem am nächsten kommt, was die Parteien nach dem Sinn und Zweck der getroffenen Vereinbarung mit der unwirksamen Bestimmung beabsichtigt haben bzw. vereinbart hätten, wenn sie den die Lücke bildenden Punkt bedacht hätten.